

Merkblatt zur Erhebung von personenbezogenen Daten

(Informationspflicht nach Art. 13 und 14 DS-GVO)

Das Landratsamt Weimarer Land verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten zum Zwecke seiner gesetzlichen Aufgabenerledigung im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutz-Grundverordnung. Wir informieren Sie nach Maßgabe des Art. 13 und 14 DS-GVO über die Datenverarbeitung im Rahmen der Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem Sozialgesetzbuch - Zwölftes Buch (SGB XII).

1. Kontaktdaten der Verantwortlichen

Kreis Weimarer Land
vertreten durch die Landrätin
Bahnhofstraße 28, 99510 Apolda
Tel.: 03644 540-0
E-Mail: post.landratsamt@weimarerland.de

Innerorganisatorisch verantwortlich:

Amt: Sozialamt
Sachgebiet: SG Hilfe zur Lebenssicherung
Telefon: 03644 540-738
E-Mail: post.sozialamt@weimarerland.de

2. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Kreis Weimarer Land | Behördliche Datenschutzbeauftragte
Dienststz: Landratsamt Weimarer Land
Bahnhofstraße 28, 99510 Apolda
Telefon: 03644 540-139
E-Mail: post.datenschutzbeauftragte@weimarerland.de

3. Zwecke der Datenverarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden ausschließlich für folgende Zwecke verarbeitet:

- Verarbeitung personenbezogener Daten zum Zwecke der gesetzlichen Aufgabenerledigung nach den Sozialgesetzbüchern (SGB)
- Beratung und Antragsbearbeitung für Hilfebedarfsermittlung und Gewährung/ Zahlbarmachung von Ansprüchen/ Leistungen nach SGB XII
- gesetzliche Aufgabenerledigung nach SGB XII für Leistungen der Sozialhilfe sowie Inanspruchnahme Unterhaltspflichtiger
- Überwachungs- und Kontrolltätigkeit (Erstattungsansprüche, Bekämpfung Leistungsmissbrauch) inklusive sich daraus ergebender Verwaltungsverfahren
- Erlass von Verwaltungsakten, Ausstellung von Bescheinigungen, Widerspruchsbearbeitung, Klageverfahren

4. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist zur gesetzlich vorgegebenen Aufgabenerfüllung erforderlich und erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e) Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) i. V. m. § 16 Abs. 1 Thüringer Datenschutzgesetz (ThürDSG). Außerdem nach den SGB, insbesondere § 37 SGB I, §§ 67 ff SGB X, §§ 118 ff SGB XII i. V. m. Sozialhilfedatenabgleichsverordnung (SozHiDAV), §§ 121 SGB XII, nach Sozialgerichtsgesetz (SGG) und der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in ihrer jeweils gültigen Fassung.

5. Kategorien personenbezogener Daten

Personenstammdaten, Kontaktdaten, Antragsdaten, Personenstammdaten der Beteiligten, Daten zu Kranken- und Pflegeversicherung, Daten zu Miet- und Betriebskosten, Einkommensdaten, Vermögensdaten, Kontodaten, Gesundheitsdaten

Die Erhebung der vorstehenden Daten erfolgt aufgrund der Bestimmungen des SGB XII, des AsylbLG und des Bundesversorgungsgesetz. Rechtsgrundlage für die Erhebung sind die §§ 60 ff. SGB I und die §§ 67 ff. SGB X.

6. Empfänger Ihrer Daten

innerhalb des Verantwortlichen: Mitarbeiter/innen des zuständigen Sachgebietes, Finanzverwaltung (Kämmerei, Kasse), Rechnungsprüfungsamt
 Auftragsverarbeiter: im Rahmen der Wartung des eingesetzten Fachverfahrens
 Dritte (außerhalb des Verantwortlichen): Je nach Fallverlauf ist eine Datenweitergabe an folgende mögliche Stellen erforderlich, z. B. gesetzliche Renten-, Unfall- und Kranken-/Pflegeversicherung, Jugendamt, Jobcenter, Wohngeldstellen, Familienkassen, Bundesagentur für Arbeit, Versorgungsämter, Einwohner- und Meldebehörde, Gesundheitsamt, Finanzamt, Thüringer Landesamt für Statistik bzw. Statistisches Bundesamt in anonymisierter Form, Zahlungsempfänger wie bspw. Vermieter/ Energieversorger/ Krankenkasse bei Direktzahlung, Arbeitgeber, Versicherungsunternehmen, Unterhaltspflichtige

7. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation

Findet nicht statt.

8. Dauer der Speicherung Ihrer Daten

Die Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt für die Dauer von 10 Jahren nach dem Ende des Bewilligungszeitraumes bzw. des letzten Verwaltungshandelns oder solange wie dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist (gemäß § 67c SGB X).

9. Welche Rechte haben Sie?

Einige Rechte bestehen nur nach den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen und können auch durch spezielle Regelungen eingeschränkt oder ausgeschlossen sein.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DS-GVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).



Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DS-GVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann grundsätzlich nicht mehr (Art. 21 DS-GVO).

Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten und diese Daten einem anderen Verantwortlichen zu übermitteln (Art. 20 DS-GVO).

10. Recht auf Widerruf der Einwilligung bei einer Verarbeitung nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten beruht auf einer Einwilligung (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO). Daher haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

11. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde

Im Rahmen der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde. Dies ist in Thüringen der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Häßlerstraße 8, 99096 Erfurt (www.tlfdi.de).

12. Datenerhebung bei anderen Stellen

Öffentliche Stellen

sind u.a. die in §§ 12, 18 bis 29 SGB I genannten anderen Sozialleistungsträger (z.B. Jobcenter, Krankenkasse, Pflegekasse, Rentenversicherungsträger, Wohngeldbehörde), Finanzämter, Grundbuchämter, Versorgungsämter, Meldestellen, Ausländerbehörden, Amtsgerichte.

Nichtöffentliche Stellen oder Personen

sind u.a. Arbeitgeber, Kreditinstitute, Versicherungen, schadensersatzpflichtige Personen, Vermieter, unterhaltspflichtige Personen.

Öffentlich zugängliche Quellen

sind u.a. Internet, Melderegister, Handelsregister, Grundbuchämter.

13. Gesetzliche oder vertragliche Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist

- gesetzlich vorgeschrieben vertraglich vorgeschrieben
 für einen Vertragsabschluss erforderlich.

Sie sind verpflichtet Ihre personenbezogenen Daten bereitzustellen:
 ja nein

Die Folgen Ihrer Nichtbereitstellung sind: Wer Sozialleistungen beantragt bzw. erhält, hat nach § 60 SGB I alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erforderlich sind und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträger der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen, sowie Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind, unverzüglich mitzuteilen und Beweismittel vorzulegen. Demnach sind Sie verpflichtet, dem für die Antragstellung zuständigen Leistungsträger alle erforderlichen Daten für das beantragte Verfahren anzugeben, wozu auch Ihre personenbezogenen Daten gehören. Wenn Sie die erforderlichen

Daten nicht angeben und somit Ihren Mitwirkungspflichten nach §§ 60 SGB I nicht nachkommen, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet, Leistungen nicht gewährt oder entzogen werden.

14. Erfolgt die Datenverarbeitung mittels einer automatisierten Entscheidung?

ja nein

15. Werden meine personenbezogenen Daten noch für einen anderen Zweck verarbeitet?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten nur zu dem Zweck, für den die Daten erhoben wurden.

Stand: Juni 2024

